



# *Für den Norden in Berlin*



**WAHLKREIS 1 DIREKT** Nr. 5/2005

Wahlkreiszeitung Flensburg / Schleswig-Flensburg  
von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

**Sehr geehrte Damen und Herren,**



den kurzen aber sehr intensiven Wahlkampf haben wir im Wahlkreis 1 für uns entschieden. Allen, die dabei geholfen haben – sei es durch den Einsatz ihrer Zeit und ihrer Ideen oder durch Spenden –

danke ich von Herzen!

Es war schön und ermutigend, an Wahlkampfstände zu kommen, wo Genossinnen und Genossen alles mit viel Mühe und Ideen vorbereitet haben, wo der Dialog selbstverständlich gesucht und die Politik erkennbar zur eigenen Sache wurde. Besonders habe ich mich gefreut, dass neben den erfahrenen Wahlkämpfern auch viele Jusos und Freunde aktiv mitgekämpft haben. Ihnen allen ist es zu verdanken, dass wir diese Prüfung bestanden und den Wahlkreis erneut direkt gewonnen haben.

Die verheerenden Umfragen zu Beginn des Wahlkampfes, die neue Konkurrenz von „links“, das kluge Werben der FDP nur um die Zweitstimmen, während „Grüne“ und „Linke“, mit ihren Erststimmenkampagnen dem CDU-Kandidaten halfen, haben unseren bequemen Vorsprung schrumpfen lassen. Dass es trotzdem geklappt hat, kann uns stolz und glücklich machen!

Doch was nun? Gewonnen haben wir die Bundestagswahl nicht! Und auch die schwarze Mehrheit im Bundesrat bleibt raue Wirklichkeit. Alles, was wir als Sozialdemokraten bewirken wollen, wird in Koalitionsrunden gefiltert und verbogen. Ist eine Große Koalition der einzig mögliche Weg – oder nur der bequemere? Ich habe mich auch in der Fraktion darüber sehr geärgert, dass wir uns so wenig Demokratie zutrauen und nicht einmal das Für und Wider einer Minderheitenregierung unter Gerhard Schröder ernsthaft geprüft haben.

Nun wurde in zwei Monaten ein von eilig berufenen Kandidaten mehr oder weniger verbindlicher Koalitionsvertrag zusammengeschustert. Mit einer funktionstüchtigen SPD-Regierung von Gesetz zu Gesetz in Ruhe die nötigen Mehrheiten zu organisieren – das bleibt eine ungeprüfte Alternative.

Die demokratische Meinungsbildung im Parlament wird jetzt durch Koalitionszwänge gegängelt und die deutliche Mehrheit auf der linken Seite des Hauses bleibt ungenutzt. Auf eine linke „Drohkulisse“ wurde durch einäugiges Koalieren ohne Not verzichtet.

Wenn ich im Europarat den „neuen“ Mitgliedstaaten mehr Demokratie abverlange, sehe ich mich verschämt nach meinen skandinavischen Kollegen um und hoffe, dass sie nicht merken, dass Deutschland immer noch ein demokratisches Entwicklungsland ist.

Ein Koalitionsvertrag ist noch kein Gesetz, und kein Gesetz kommt so aus dem Bundestag wie es eingebracht wurde. Es wird eine schwere Aufgabe, sozialdemokratische Politik erkennbar werden zu lassen. Wir müssen öffentlich immer wieder deutlich machen, dass ohne kräftige SPD der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auf dem Spiel steht und unter der Regie von CDU/CSU und FDP rücksichtslos die Gesetze des Marktes die Menschen unseres Landes in Gewinner und Verlierer spalten würde. Bleibt also selbst bewusst und kritisch an der Seite derer, die uns brauchen – und lasst uns weiter kämpfen, damit wir es beim nächsten mal allein schaffen!

In dieser Ausgabe meiner Wahlkreiszeitung findet Ihr auch Beiträge, die mein neues Aufgabengebiet im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe betreffen. In Deutschland geht es nicht allen gut, aber es gibt auch viele Menschen in vielen anderen Ländern, die ohne unsere Hilfe qualvoll leiden und verloren sind.

Ich bin froh und dankbar, in Eurem Namen jetzt auch für sie mehr tun zu können!  
Frohe Weihnachten und einen glücklichen Rutsch ins neue Jahr!

*Euer*

*Wolfgang Wodarg*

#### **Themen dieser Ausgabe:**

- Editorial
- Wahl zum SPD-Kreisvorsitzenden in Flensburg
- Mehrwertsteuererhöhung würde hunderte Arbeitsplätze kosten
- Baustelle Mensch
- Zwischen Eigenverantwortung und bürgerschaftlichem Engagement für andere
- Mehr Power für das bürgerschaftliche Engagement!
- Ärztliche Hilfe darf sich nicht nach dem Geldbeutel richten!
- Staatliche Hilfen für öffentliche Krankenhäuser gesichert
- Impressum

## **Wahl zum SPD-Kreisvorsitzenden in Flensburg**

Am 20. November fand in Flensburg der Parteitag des SPD-Kreisverbandes statt. Die Genossinnen und Genossen diskutierten intensiv über die Arbeit des Kreisverbandes in den vergangenen Jahren. Hierbei wurde deutlich, dass viele Mitglieder der Partei sich wünschen, dass das Profil unseres Kreisverbandes deutlich gestärkt wird.

Einige Genossinnen und Genossen sind im Verlauf des Parteitages auf mich zugekommen und haben gefragt, ob ich bereit wäre, gegebenenfalls den Kreisvorsitz zu übernehmen. Für mich war es jedoch wichtig, dass wir nach den zeitweise hitzigen Diskussionen mit großer Mehrheit einen neuen Vorstand bestellen würden. Als Stephan Menschel dann seine Kandidatur für den Kreisvorsitz zurückzog und bereit war, als Schatzmeister im neuen Kreisvorstand mitzuarbeiten, habe ich beschlossen, für den Kreisvorsitz zu kandidieren. Mit 39 zu 12 Stimmen wurde ich daraufhin zum Kreisvorsitzenden gewählt.

Ich sehe nun meine zentrale Aufgabe darin, den Kreisverband wieder zusammenzuführen. Hierzu müssen wir die Auseinandersetzungen der Vergangenheit hinter uns lassen und uns auf die politisch-gestalterischen Aufgaben der Zukunft konzentrieren. Ich habe mich sehr gefreut, dass alle Mitglieder des neuen Vorstandes dies ebenfalls so sehen.

Eine wichtige Aufgabe wird es auch sein, die Zusammenarbeit mit dem SSW wieder zu verstärken. Für den 8. Dezember haben wir deshalb ein Treffen mit Vertretern des SSW im Kreisbüro vereinbart, um Perspektiven einer gemeinsamen Politik für Flensburg auszuloten. Die Menschen in unserer Region erwarten mit Recht von uns, dass wir in die Zukunft schauen und politisch für unsere Region die Kräfte bündeln.

Abschließend möchte ich noch einmal Kai List, Uwe Langholz, Inge Krämer, Karin Schnittke und Martina Mardini-Müther für ihr jahrelanges und wichtiges Engagement danken. Ich hoffe sehr, dass sich die beiden auch weiterhin aktiv an der Gestaltung der Flensburger Politik beteiligen werden. Letztendlich werden wir nur gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen. Hierauf freue ich mich!

Durch die Neuausrichtung der Arbeit in der Großen Koalition habe ich auch auf Bundes- und auf internationaler Ebene neue (und alte) Aufgaben übernommen.

#### Mitgliedschaften – Bundestag

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

#### International

Parlamentarische Versammlung des Europarates (PV ER)

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Socialist Group in der PV ER

Außerdem werde ich weiter ehrenamtlich in den kommenden Jahren als Präsident der Rheumaliga Schleswig-Holstein e.V. tätig sein.

In der SPD-Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) bleibe ich Bundesausschuss-Vorsitzender.

## **Mehrwertsteuererhöhung würde hunderte Arbeitsplätze kosten**

Im Wahlkampf habe ich mich wiederholt und vehement gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung der Union ausgesprochen. Die nun im Koalitionsvertrag fixierte Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozentpunkte wird sich besonders verheerend für unsere Region auswirken.

Heute erzielen 38 Grenzhandelsgeschäfte mit rund 2000 Arbeitnehmern einen Brutto-Umsatz von gut 700 Millionen Euro pro Jahr. Die Kundinnen und Kunden stammen hierbei vor allem aus Dänemark. Aber auch viele Gäste aus Skandinavien besuchen unsere Region und kaufen hier ein. Dies zahlt sich für sie unmittelbar aus: in Dänemark etwa liegt die Mehrwertsteuer bei 25 Prozent und damit 9 Punkte über unserem Steuersatz.

Wenn nun dieser „Vorsprung“ auf 6 Punkte zusammenschmilzt, dann ist mit stark verringertem Kaufinteresse, mit Umsatzeinbußen und mit Arbeitsplatzverlusten zu rechnen. Und da auch andere Branchen wie Gastronomie, Bekleidung und Tourismus von unserem regen Grenzhandel profitieren, sind mittelbar sogar wesentlich mehr Betriebe und Arbeitsplätze bedroht!

Aber auch unabhängig von diesen negativen Folgen der Steuererhöhung lehne ich die Pläne der Koalition ab. Die Mehrwertsteuererhöhung funktioniert nach dem Rasenmäherprinzip, weil sie - abgesehen vom Ausnahmekatalog mit auch heute schon verringertem Mehrwertsteuersatz - alle Güter gleichermaßen trifft. Wesentlich sinnvoller wäre es, die Verbrauchsgüter einer politischen Bewertung zu unterziehen – und dann gezielt jene mit einer hohen Steuer zu belegen, deren Konsum zur Belastung der Umwelt oder der Gesellschaft führt.

So könnte ich mir etwa einen hohen Mehrwertsteuersatz auf Unterhaltungselektronik vorstellen. Diese Erträge können dann in das Bildungssystem fließen. Auch könnte man Urlaubs- und Charterflüge steuerlich höher belasten. Heute ist eine Flugreise oft billiger als ein Urlaub an der Nord- und Ostsee – gleichzeitig sind aber die Umweltbelastungen erheblich und der Kerosinverbrauch horrend.



### **Baustelle Mensch: Koalition findet gemeinsame Linie in der Bioethik**

Welchen Schutz brauchen Embryonen in einer Zeit, in der die Stammzellforschung immer mehr an Bedeutung gewinnt? Wer darf Gentests anbieten, wer darf ihre Ergebnisse kennen? Und wie können wir dafür sorgen, dass schwerkranke Menschen ihr Lebensende möglichst schmerzfrei und würdevoll erleben?

Mit diesen und vielen anderen bioethischen Fragekomplexen müssen und wollen sich Parlament und Regierungskoalition in den kommenden Jahren befassen. Ob erneut eine Enquetekommission „Ethik und Recht in der Modernen Medizin“ eingesetzt wird, steht noch nicht fest. Denkbar wäre auch ein neues Gremium, das sich aus Ethikern und Parlamentariern zusammensetzt.

Als langjähriger Sprecher der SPD in der Ethik-Enquete habe ich die Koalitionsverhandlungen in diesem Bereich intensiv begleitet. Und freue mich, dass unsere Fraktion gemeinsam mit CDU/CSU den Grundstein für eine tragfähige gemeinsame Politik legen konnte. So besteht Einigkeit darüber, dass die große Aufgabe heißt, „wissenschaftlichen Fortschritt und ethische Prinzipien in Einklang zu bringen“. Und auch in vielen Einzelfragen sind bereits erste Kompromisse gefunden. Ein kurzer Überblick über die wichtigsten Themen – von Pränataldiagnostik bis Patientenverfügung:

Die neue Bundesforschungsministerin Annette Schavan erklärte, den Embryonenschutz nicht zugunsten der Forschung aufweichen zu wollen. Damit ist glücklicherweise die von der FDP, aber auch einigen Sozialdemokraten geforderte Novellierung des Stammzellgesetzes mit einer „begrenzte Freigabe“ zur Beforschung embryonaler Stammzellen erstmal vom Tisch.

Ein bereits fertiger Gesetzentwurf zur gesetzlichen Regelung der Gentests, an dem ich als Berichterstatter mitgearbeitet habe, konnte in der letzten, verkürzten Wahlperiode nicht mehr verabschiedet werden. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf eine Regelung in dieser Legislaturperiode geeinigt, um so endlich die „Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen“ und zur Qualitätssicherung der Untersuchungen beizutragen.

Zur Absicherung von Patientenverfügungen streben Sozialdemokraten und Union zwar eine gesetzliche Regelung an, über die Einzelheiten wird aber noch gestritten. So gibt es nach wie vor heftige Debatten über die Frage, welche Form von Verfügung welche rechtliche Bindungskraft haben und wie beispielsweise bei Demenzkranken oder Wachkomapatienten verfahren werden soll. Beide Koalitionspartner sind sich aber einig, dass eine Stärkung von Patientenrechten keinesfalls die Tür zur aktiven Sterbehilfe öffnen darf.

Ausdrücklich will die Große Koalition die Bereiche Hospizarbeit und Palliativmedizin stärken und ausbauen. Unter anderem soll die Versorgung mit stark wirksamen Schmerzmitteln verbessert und praktikabler organisiert werden. Bisher müssen z.B. in fast allen Bundesländern Schmerzmittel nach dem Tod von Patienten vernichtet werden – eine Regelung, die niemandem nützt, Hospize und Heime aber zu unnötigen Ausgaben in Millionenhöhe zwingt.

---

## **Zwischen Eigenverantwortung und bürgerschaftlichem Engage- ment für andere**

Zwei Projekte mit programmatischen Namen und ehrgeizigen Zielen haben am 7. November in Schleswig ihren Start gefeiert: Mittenmang, das erste Freiwilligenzentrum von und für Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein, möchte Lust aufs Ehrenamt machen und engagierte Menschen aller Altersgruppen zusammenbringen. Carenetz ist ein Modellprojekt, das die Selbstbestimmung behinderter Menschen durch ein persönliches Budget und ein passgenaues regionales Hilfsnetzwerk stärken will.

Als, Arzt und Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Flensburg-Schleswig, habe ich mich auf der Eröffnungsfeier am Schleswiger Kälberteich über die Konzepte informiert. Hierbei machte ich deutlich, wie wichtig gerade im Bereich Pflege die Einbeziehung kommunaler Strukturen und engagierter Menschen vor Ort ist. Wir müssen alle Chancen nutzen, um professionelle Helfer, lokale Netzwerke und nachbarschaftliches Engagement zusammenzubringen und zu fördern. Die Kommunen brauchen dazu allerdings mehr Kompetenzen und Mittel – da sind die mit Bundes- und Landesmitteln geförderten Projekte Mittenmang und Carenetz hier in Schleswig ein guter Anfang!

Wer will, kann sich ab jetzt im ersten „Mittenmang“-Vereinsbüro in der Schleswiger Plessenstraße 26 melden und andere z.B. bei Renovierungsarbeiten, beim Einkaufen oder der Freizeitgestaltung unterstützen. Analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr können junge Menschen sich auch längerfristig für Mittenmang verpflichten. Entscheidend: Menschen mit Behinderungen werden individuell unterstützt, wenn sie sich ehrenamtlich für andere einsetzen wollen.

Einen weiteren Schritt auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit können sie mit Carenetz machen, das neben der Verzahnung von professioneller und ehrenamtlicher Hilfe die Erprobung eines persönlichen Budgets ermöglicht. In der Testphase können zunächst 25 Behinderte über einen Geldbetrag für ihre Unterstützungs- und Dienstleistungen verfügen und gemeinsam mit Helfern entscheiden, wie, wann und wo sie Hilfen in Anspruch nehmen möchten. Ende 2007 werden die Erfahrungen aus dem Versuch wissenschaftlich ausgewertet. Mehr Informationen unter [www.carenetz-service.org](http://www.carenetz-service.org)

---

## **Mehr Power für das bürgerschaftliche Engagement!**

Der Internationale Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember 2005 war eine gute Gelegenheit, den bei uns im Norden aktiven Ehrenämtlern Lob und Anerkennung auszusprechen. Unsere Städte und Gemeinden in unserer Region leben auch von und durch das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Menschen helfen Menschen – ohne dass sie jemand dazu aufgefordert hat, ohne dass sie dafür bezahlt werden. Ihr Einsatz und ihr Ideenreichtum sind ein Schatz für unsere Region, der nicht in Geld aufzuwiegen ist. Denn sie schaffen Raum für lebendige Begegnungen, für Toleranz und für ein wahrhaft soziales Miteinander.

Damit Engagierte mit Freude bei der Sache sind, muss sich auch die Politik für ihren Einsatz stark machen. Wir dürfen Menschen, die sich engagieren, nicht das Leben schwer machen mit überflüssigen Vorschriften und Regelwut. Dass es uns damit ernst ist, zeigt sich auch aktuell im Koalitionsvertrag: Er enthält ein eigenes Kapitel zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Durch eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts und den Abbau von Bürokratie unterstützen wir ehrenamtliche Initiativen und schaffen Freiräume für Kreativität und Innovation.

Mit der Weiterentwicklung des Stiftungs- und Steuerrechts werden Anreize geschaffen, sich durch Stiftungen an der Förderung des Gemeinwohls zu beteiligen. Wir werden außerdem für Freiwilligendienste die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessern, die Platzzahlen ausbauen und Dienste im Ausland sowie generationsübergreifende Freiwilligendienste fördern. Damit unterstützen wir Freiwillige aller Generationen unter anderem in Schulen, Familien, Stadtteilzentren, stationären Einrichtungen und Hospizen.

Als ehrenamtlicher Präsident der Rheumaliga Schleswig-Holstein – einer Selbsthilfeorganisation mit über 10.000 Mitgliedern – weiß ich, was diese Arbeit bedeutet. Über 23 Millionen Menschen in Deutschland sind bürgerschaftlich aktiv – und sie leisten viel: geschätzte 4,5 Milliarden Stunden – freiwillig und unentgeltlich! Ich befinde mich mit meinem Engagement somit in bester Gesellschaft.

Doch nicht nur für unsere Gesellschaft, auch für den Einzelnen ist bürgerschaftliches Engagement eine Bereicherung. Gebraucht zu werden, das ist für uns Menschen entscheidend. Gebraucht zu werden schafft Lebenssinn. Deshalb ist Der Internationale Tag des Ehrenamtes eine gute Gelegenheit, sich zu fragen, ob man nicht doch Lust und etwas Zeit hat, um sich für eine Sache einzusetzen, die einen begeistert.

---

### **Die Reihenfolge im Wartezimmer darf nicht der Geldbeutel bestimmen!**

Ich begrüße, dass sich Bundesministerin Schmidt dem Thema Ungleichbehandlung von Patienten in unserem Gesundheitssystem gewidmet hat. Wir müssen in Deutschland darüber diskutieren, weshalb die aktuellen Honorarregelungen dazu führen, dass neben dem ärztlichen Ethos noch ganz andere

Anreize in Behandlungsentscheidungen hineinwirken.

Der jüngste Vorstoß einer Ärztin aus Rendsburg, Patienten nach Zahlung von 30 Euro bevorzugt zu behandeln, ist menschenverachtend und widerspricht dem besonderen ethischen Ansprüchen an ärztliche Tätigkeit. Ärzte sind ausschließlich dem Patienten verpflichtet, Art und Schwere der Erkrankung sollten die einzigen Kriterien sein, die über den Platz auf der Warteliste entscheiden – wenn diese denn überhaupt nötig ist. Dieses Ideal wird heutzutage leider häufig nicht mehr erreicht.

Ich begrüße daher, dass ärztliche Honorare für Privat- und Kassenpatienten auf ein einheitliches Niveau gebracht werden. So kann erreicht werden, dass nicht mehr kurzfristige finanzielle Anreize, sondern nur die Hilfe für Kranke im Zentrum ärztlicher Behandlungen steht.

Wenig beachtet wird jedoch, dass dieses nur ein Ablenkungsfeuerwerk für einen Schachzug darstellen könnte, der weit größere Auswirkungen für Patienten (und Beitragszahler), Ärzte und Krankenkassen hätte: gleichzeitig mit der neuen Gebührenordnung soll – von der Öffentlichkeit kaum beachtet – das bisherige Kostensteuerungselement der ambulanten ärztlichen Honorarbudgetierung aufgegeben werden. Wurden bisher von den Ärzten „Punkte“ verdient, deren Wert je nach Ausschöpfung des vorgegebenen Budgets nachträglich adjustiert werden konnte, so soll die ärztliche Leistung demnächst direkt in „harten Euro“ gemessen werden.

In den kommenden Debatten im Gesundheitsausschuss des Bundestages und im Parlament wird reichlich Gelegenheit sein, über die Anregungen von Ulla Schmidt zu diskutieren. Ich werde diese Initiative in jedem Fall aufgreifen.

## Probleme und Perspektiven in der Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungspolitik ist ein Kernbereich der globalen Verantwortung Deutschlands und die Armutsbekämpfung ist das überwölbende Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ich freue mich daher sehr, zukünftig als Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in diesem Politikfeld mitarbeiten zu können.

Friedenssicherung und Armutsbekämpfung sind eng miteinander verbunden. Der Entwicklungspolitik kommt mit ihrem Beitrag zu politischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Stabilität eine tragende Rolle in der internationalen Politik zu. Globalisierung muss sozial gerecht und demokratisch gestaltet werden, um die zunehmende Spaltung der Welt in Arm und Reich zu verhindern.

Wir als SPD haben Entwicklungspolitik seit dem Regierungswechsel 1998 aus dem Schattendasein herausgeholt und wieder zu einem zentralen Thema auf der nationalen, europäischen und internationalen Agenda gemacht. Entwicklungspolitik wurde zu einem elementaren Bestandteil globaler Struktur- und Friedenspolitik aufgewertet. Dazu wurden:

- die Entschuldungsinitiative für die ärmsten, hochverschuldeten Länder (HIPC) im Umfang von insgesamt ca. 70 Milliarden US-Dollar gestartet und erfolgreich vorangetrieben,
- wichtige entwicklungspolitische Kompetenzen anderer Ressorts in das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) überführt: EU-Asien-Afrika-Pazifik-Abkommen, Transform-Programm, Stabilitätspakt Südost-Europa,
- dem BMZ ein Sitz im Bundessicherheitsrat eingeräumt,
- ein Gesamtkonzept und ein Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" erarbeitet,
- Entwicklungspolitik im Aktionsprogramm 2015 zur Armutsbekämpfung als politische Querschnittsaufgabe verankert sowie
- dem EU-Stufenplan zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,51 Prozent des Bruttonationalproduktes bis zum Jahr 2010 und auf 0,7 Prozent bis 2015 zugestimmt.

Wir haben insgesamt die Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern und -regionen weg von einer "Projektitis" und hin zu strategisch wirkenden Schwerpunktinitiativen und Programmen geführt, bei denen wir eng mit anderen Gebern zusammenwirken. Die Neuausrichtungen wurden in den letzten Jahren durch inhaltliche, konzeptionelle und organisatorische Reformen beharrlich vorangetrieben.

Ich werde zukünftig in der AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Fraktion insbesondere die Bereiche Gesundheit und Weltwirtschaft bearbeiten. Hierzu gehören etwa Fragen des Patentschutzes von Arzneimitteln. Es kann und darf nicht sein, dass dank der Profitgier einiger reicher Konzerne den ärmsten Ländern lebenswichtige Medikamente vorenthalten werden.

Ebenso werde ich mich mit der AIDS-Problematik, welche ich jüngst in einem ausführlichen Beitrag für die SHZ beschrieben habe, in den kommenden Jahren intensiver auseinandersetzen haben. Hier tickt sprichwörtlich eine Zeitbombe, denn AIDS nimmt den Menschen in Afrika nicht nur die Gesundheit. In vielen Ländern Afrikas leben Millionen AIDS-Waisen und ganze Bevölkerungsgruppen sterben an der Seuche. Diese Prozesse destabilisieren viele der betroffenen Länder politisch und ökonomisch auf eine Art und Weise, wie man sie sich im westlichen Europa nicht vorzustellen vermag.

## Staatliche Hilfen für öffentliche Krankenhäuser gesichert

In den vergangenen Jahren hat sich die Leistungserbringung im Krankenhaussektor in Deutschland tief greifend verändert. So wurden beispielsweise die Abrechnung über Fallpauschalen eingeführt und neue Arbeitszeitmodelle entwickelt. Trotz dieser Herausforderungen und des steigenden Kostendrucks im Gesundheitswesen bieten unsere Krankenhäuser eine hochwertige medizinische Versorgung.

Ein wichtiger Baustein dieses erfolgreichen Systems ist die Kombination von öffentlich-rechtlicher und privater Trägerschaft. Zum Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit Krankenhausleistungen gleichen die zumeist kommunalen Träger hierbei Betriebskostendefizite öffentlicher Krankenhäuser mit Steuermitteln aus. Seit Jahren klagen private Klinikbetreiber wie etwa die Asklepios Kliniken GmbH vor europäischen Gerichten, weil sie dies als „Wettbewerbsverzerrung“ begreifen.

Nun hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die Rechtssicherheit im Bereich der staatlichen Finanzierung von „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ erhöhen soll.

Drei Elemente dieses Maßnahmenpakets sind zu unterscheiden:

- In einer Entscheidung der Kommission wurde klargestellt, unter welchen Bedingungen Zahlungen an Unternehmen als Kompensation für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen möglich sind. Nach den Plänen der Kommission sollen Krankenhäuser (und im sozialen Wohnungsbau tätige Unternehmen) zukünftig explizit von der Genehmigungspflicht für Beihilfen

ausgenommen werden, sofern diese einen klar umschriebenen öffentlichen Versorgungsauftrag erfüllen. Die Definition dieses Versorgungsauftrages mit „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ obliegt den Nationalstaaten.

- Im Rahmen einer Änderung der EU-Transparenzrichtlinie wurde festgelegt, dass Unternehmen, die Beihilfen erhalten und neben öffentlichen Dienstleistungen auch auf anderen Märkten aktiv sind, hierüber getrennt Buch führen müssen.
- Der Gemeinschaftsrahmen legt die Bedingungen fest, unter denen Zahlungen, die in der Entscheidung der Kommission nicht erfasst sind, mit dem Beihilferecht der EU vereinbar und somit erlaubt sein sollen.

Nach vier Jahren will die Kommission kontrollieren, wie sich ihre Entscheidung auf den Dienstleistungsmarkt ausgewirkt hat. Hierzu haben die EU-Mitgliedstaaten nach drei Jahren einen Bericht vorzulegen, in dem insbesondere dem Krankenhaussektor Beachtung geschenkt werden soll.

Als EU-Berichterstatter im Ausschuss für Gesundheit des Bundestages begrüße ich den Ansatz der Kommission, Krankenhausleistungen als besondere Dienstleistungen von den Beihilferegulungen auszunehmen. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass in vielen Städten und Gemeinden die Krankenhäuser die größten Arbeitgeber und somit ein zentraler Wirtschaftsfaktor sind. Ein unkontrollierter Privatisierungsschub in diesem Versorgungsbereich würde zu Arbeitsplatzabbau und einer Gefährdung der flächendeckende medizinischen Versorgung führen.



## Impressum

Dr. Wolfgang Wodarg, Abgeordneter für den  
Wahlkreis Schleswig-Flensburg (WK 1) im  
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Email: [wolfgang.wodarg@bundestag.de](mailto:wolfgang.wodarg@bundestag.de)

Homepage: <http://www.wodarg.de>

Tel.: 030-227-73371

Fax: 030-227-76333

Wahlkreisbüro Flensburg

Große Str. 69

24937 Flensburg

Email: [wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de](mailto:wolfgang.wodarg@wk.bundestag.de)

Tel.: 0461-97 888 20

Fax: 0461-97 888 65

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Bürgerbüro Schleswig

Königstr. 4

24837 Schleswig

Email: [buengerbuero\\_schleswig@wodarg.de](mailto:buengerbuero_schleswig@wodarg.de)

Telefon 04621 - 200 300

Telefax 04621 - 29 345